

MEINUNG

**Gunnar Jans**  
Der AZ-Sportchef über die Löwen und ihren arabischen Investor  
gunnar.jans@abendzeitung.de



## 1860 steht Modell

Jahrelang pflegten die Löwen ihre Lust am Untergang. Jeder Malaise zum Trotz (Absturz ins Niemandsland der 2. Liga, Führungschaos, Stadionstreit) bewahrten sich die Sechzger ihre besondere Identität: als aufrechte Alternative zum großkopfernten FC Bayern. Selbst die drohende Insolvenz beraubte sie nicht ihrer Ehre. Es war der Blues, der sie zusammenhielt: Einmal Löwe, immer Löwe. Wirkliche Perspektiven gab es nicht, größere Beachtung außerhalb Münchens fanden sie selten. Das ist nun anders.

### Der erste arabische Investor - für die Liga eine Riesenchance

„Rettet die Löwen!“ Als die AZ im April für den Erhalt des Traditionsclubs trommelte, war nicht zu ahnen, dass bald ein jordanischer Geschäftsmann seine Millionen bereitstellen sollte. Das Interesse der Öffentlichkeit und das Klappenputzen der 1860-Sanierer Schneider und Schäfer hat die Löwen am Leben gehalten. Dass nun erstmals ein Araber in den deutschen Fußball investiert, ist eine Riesenchance – für die ganze Liga. Hasan Ismaik ist kein Scheich und kein Phantast. Er will Einfluss und Macht, doch er hält sich an die (50+1)-Regeln, die besagen, dass die Mehrheit der Klubanteile in Vereinshand bleiben muss. Langfristig will er mit 1860 in der Bundesliga Geld verdienen – und weitere Geschäfte ankurbeln. So blicken alle Augen auf Giesing: Gelingt es, einen Investor zu gewinnen und doch nicht die Identität zu verkaufen, steht 1860 erstmals Modell im modernen Fußball. Es werden spannende Zeiten für die Löwen. Und das ist gut so. Den Blues, den haben sie lange genug gehabt. **Bericht Seiten 24, 25**

POLITIK kompakt

### ► Jemen droht Bürgerkrieg

**SANAA** Nach der Ausreise von Präsident Ali Abdullah Saleh ist die Lage im Jemen extrem instabil. Bei Auseinandersetzungen kamen sechs Menschen ums Leben. Am Sonntag hatten tausende Anhänger der Opposition Salehs Abreise gefeiert, der bei einem Raketenangriff verletzt und nach Saudi-Arabien geflogen wurde.

### ► CSU gegen zu viel EU

**MÜNCHEN** Der Einfluss der Europäischen Union auf nationale Geschicke darf nicht so groß werden, fordert die CSU in einem Memorandum. Konkret will Generalsekretär Alexander Dobrindt klare Kriterien, „an welchem Punkt der europäische Integrationsprozess zu Ende sei“. Die CSU richtet sich vor allem gegen den Vorschlag zu einer europäischen Finanzregierung.

### ► „Stuttgart 21“: Wer zahlt?

**STUTTART** Im Streit um die Kosten der Baustopp-Verlängerung beim Bahnprojekt „Stuttgart 21“ soll am Freitag eine Entscheidung fallen. Dann tritt erneut der Lenkungsausschuss zusammen, dem neben Bahn-Chef Rüdiger Grube auch mehrere Mitglieder der Landesregierung angehören. Die Chancen auf einen Kompromiss stünden gut, sagte gestern ein Regierungssprecher.

### ► Peru: Humala ist neuer Präsident

**LIMA** Knapper Sieg: Mit 51,5 Prozent der Stimmen hat der linksnationalistische Ex-Offizier Ollanta Humala die Stichwahl um das Präsidentenamt in Peru gewonnen. Angetreten war der 48-Jährige gegen die Tochter des inhaftierten ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori.

Abendzeitung IMPRESSUM

Geegründet von Werner Friedmann  
**Herausgeber:** Anneliese Friedmann, Dr. Johannes Friedmann  
**Geschäftsführer:** Dr. Dieter Schmitt  
**Chefredakteur:** Arno Makowsky  
**Stellvertretender Chefredakteur:** Georg Thanscheidt

**Chef vom Dienst:** Gerrit Faust, Dr. Annette Zoch (stellv.)  
**Chefreporter:** Matthias Maus, Tina Angerer (Lokales)  
**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Panorama: Georg Thanscheidt (komm.), Anja Timmermann (stellv.)  
**München/Bayern:** Michael Schilling, Timo Lokoschat (stellv.), Thomas Müller (stellv.)  
**Kommunalpolitik:** Willi Bock  
**Landespolitik:** Angela Böhm  
**Kultur:** Volker Isfort, Adrian Prechtel (stellv.)  
**Sport:** Gunnar Jans, Jochen Schlosser (stellv.)  
**Layout:** Susanna Schemberg  
**Anzeigenleiter:** Horst Rettig (verantwortlich)  
**Vertriebsleiter:** Michael Mair

Abbestellungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraumes) möglich.

**Abo-Service:** 089/23 77-111  
Fax: 089/23 77-276  
E-Mail: abo@service.abendzeitung.de

**Vertrieb:** Fax: 089/23 77-274  
E-Mail: vertrieb@abendzeitung.de

**Druck:** Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meiner-Straße 7, 82216 Maisach-Gerlinden. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder wegen vom Verlag unerschuldeter Arbeitskampfmassnahmen besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.  
**Anschrift Verlag und Redaktion:** Verlag DIE ABENDZEITUNG GmbH & Co KG, Rundfunkplatz 4, 80335 München  
E-Mail: redaktion@abendzeitung.de  
Telefon 089/23 77-0

**Anzeigen:** Fax: 089/23 77-209  
E-Mail: anzeigen@service.abendzeitung.de  
**Redaktion:** Fax: 089/23 77-729  
E-Mail: redaktion@abendzeitung.de  
Altpapieranteil bis zu 90 %

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 1. Oktober 2010.  
Tägliches Abonnement monatlich Euro 23,90, bei Postzustellung Euro 24,90.

# Dornen im Rosengarten

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird heute von US-Präsident Barack Obama im Garten des Weißen Hauses mit einem Staatsbankett empfangen. Doch zwischen beiden knirscht's

**WASHINGTON** Mit Glamour, Rosen und 19 Salutschüssen wird Angela Merkel empfangen. Die Kanzlerin trifft heute US-Präsident Barack Obama – zum Staatsbankett im Rosengarten des Weißen Hauses.

Dort bekommt sie die „Medal of Freedom“, die höchste zivile Auszeichnung der USA: für Merkels „persönliche Freiheitsgeschichte“ als DDR-Bürgerin, die zur Kanzlerin wurde. „Ihre Geschichte ist

eine Inspiration“, lobte Obama. Mit dabei ist eine 250-köpfige Delegation, darunter fünf Bundesminister (Rösler, Westerwelle, de Maizière, Friedrich, Schäuble), außerdem Merkels Mann Joachim Sauer, die ostdeutsche Autorin Freya Klier und Wahl-Ami Thomas Gottschalk.

Merkel ist die einzige Deutsche nach Helmut Kohl, die die Freiheitsmedaille be-

kommt. Und sie ist die erste deutsche Regierungschefin seit Mitte der 1990er, die mit einem Staatsbankett geehrt wird. Klingt nach richtig dicker Freundschaft.

Doch der Schein trügt: Tatsächlich liegt zwischen den USA und Deutschland einiges im Argen. Zum einen ist das persönliche Verhältnis zwischen Merkel und Obama: Mit dem 44. US-Präsidenten

verbindet die Kanzlerin längst nicht so eine enge Freundschaft wie mit dessen Vorgänger George W. Bush. Der lud Merkel auf seine Ranch ein, sie revanchierte sich mit einer mecklenburgischen Grillparty. Obama dagegen verweigerte Merkel während seiner Kandidatur die Rede vor dem Brandenburger Tor. Im Gegenzug sagte Obama eine Einladung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls ab. Das wird aber aus Regierungskreisen zurückgewiesen: Obama mit seiner ruhigen Art sei Merkel sogar sehr ähnlich.

Viel wichtiger als die atmosphärischen sind aber ohnehin die tatsächlichen, politischen Differenzen: Vor allem mit der Enthaltung zum Libyen-Einsatz im Weltsicherheitsrat ist Deutschland bei den Amerikanern auf großes Unverständnis gestoßen. Diplomatisch nur wenig verklauert machte auch Obama klar, dass er sich über Merkel geärgert hat und von ihr Antworten erwartet: „Ich freue mich auf die Diskussion mit der Kanzlerin, wie wir gemeinsam noch mehr tun können, um effektiver auf die Veränderungen in der Region zu reagieren, inklusive Libyen“, sagte Obama.

### Die Libyen-Enthaltung stieß in den USA auf großes Unverständnis

Weiterer Knackpunkt ist die Wirtschaftspolitik: Die USA fluten den Markt mit frisch gedrucktem Geld, die Deutschen setzen aufs Sparen – und fahren Exportüberschüsse ein. Und dann die Klimapolitik: Während Deutschland komplett aus der Atomenergie aussteigt, setzen die USA weiter auf Kernkraft. Die Amerikaner halten die deutsche Energie- wende für unberechenbar.

Überhaupt vermissen die Amerikaner eine Führungsrolle der Deutschen: Deutschland sei zu sehr mit sich selbst und der Innenpolitik beschäftigt, lautet die Kritik bei vielen US-Politikern. Deutschland reagiere nur noch auf die Stimmung in der eigenen Bevölkerung – und gründe darauf seine Außenpolitik. Zum Beispiel in der Griechenland-Krise.

„Sehr enttäuscht“ zeigte sich gar der frühere US-Botschafter in Berlin, Dan Coats: „Will Deutschland wie die Schweiz werden? Staatsbankette sind zwar nett, aber es gibt kein gemeinsames Ziel in der Sicherheitspolitik.“ Und er wird noch deutlicher: „In der internationalen Politik ist Deutschland in die zweite Liga abgestiegen.“ **zo**



Wurden nie richtig warm: Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama vergangenen November beim Nato-Gipfel in Portugal. Foto: ddp

## „Deutschland ist unwichtiger geworden“

Ein Politologe über die abgekühlte Beziehung zwischen Berlin und Washington

**AZ: Herr Weidenfeld, ist das Verhältnis zu den USA abgekühlt?**

**WERNER WEIDENFELD:** Sagen wir so: Die Substanz, auf der sich beide Länder bewegen, ist dünn geworden. Jahrzehntlang waren Deutschland und die USA aufeinander angewiesen. Im Kalten Krieg war Deutschland ein wichtiger Partner

**AZ-INTERVIEW mit Werner Weidenfeld**

Der 63-jährige Politikwissenschaftler leitet das Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München



für die USA – Großbritannien war kein zentraler Player, die Beziehung zu Frankreich konfliktreich. **Und das ist jetzt anders?** Zunächst mal ist Europa aus

Sicht der USA unwichtiger geworden – heute orientieren sich die Amerikaner stärker in den pazifischen Raum, nach Asien. Und innerhalb Europas ist auch die Rolle Deutschlands unwichtiger geworden. **Liegt das zum Beispiel an der Libyen-Enthaltung?** Das hat schon viel früher begonnen. Das deutsche Abstimmungsverhalten hat den in den USA vorherrschenden Grundeindruck nur bestätigt. **Aber woran liegt's dann?** Früher hatten wir auf bei-

den Seiten eine transatlantische Elite. Politiker, die sich gegenseitig in die Lage des anderen versetzen und die Politik durch die jeweils andere Brille sehen konnten. Diese Elite ist aber völlig erodiert. Jetzt ist eine neue Politikergeneration an der Macht, die damit nicht mehr viel anfangen kann. Das sieht man schon bei Angela Merkel: Sie berichtet zwar gerne von ihrer USA-Sehnsucht in der DDR. Aber sie ist nicht in der amerikanischen Symbolwelt zuhause. **Interview: A. Zoch**

## 250 000 Euro für Anwälte

BayernLB: Muss der Steuerzahler für Faltthauer, Beckstein und Weigert zahlen?

**MÜNCHEN** Werden die Steuerzahler in der Affäre um die BayernLB jetzt auch noch bei den Anwaltskosten zur Kasse gebeten? Rund 250 000 Euro fallen bisher alleine für Ex-Finanzminister Kurt Faltthauer, Ex-Ministerpräsident Günther Beckstein und Amtschef Klaus Weigert an. Sie haben die Rechnungen ihrer Rechtsberater inzwischen beim Finanzministerium eingereicht. Dort ist bisher nur eines sicher: Dass die beiden CSU-Politiker und der Top-Beamte selber keinen Cent zahlen müssen. Noch offen ist allerdings, ob die Versicherung zahlt. Nach AZ-Informationen weigert sie sich. In-

sider fürchten: „Am Ende bleibt's dem Steuerzahler.“ Am teuersten hat sich der Amtschef des Finanzministeriums anwaltlich beraten lassen. Weigerts Rechnung: knapp 100 000 Euro. Dabei war er im Untersuchungsausschuss des Landtags ohne Anwalt erschienen. Der langjährige Weggefährte von Edmund Stoiber, der sogar mit dem bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde, gilt als einer der Hauptschuldigen des Desasters. Als Spitzenbeamter war er das Verbindungsglied des Finanzministeriums und des Verwaltungsrats zur BayernLB. Weigert hatte den Kauf der Pleitebank HGAA und den Erwerb der Hypotheken für amerikanische Schrottimobilien bis zuletzt verteidigt. Zehn Milliarden Euro mussten Freistaat und Bund in

die BayernLB pumpen, um sie zu retten. Dem Top-Beamten kann's wurscht sein. Er kommt ungeschoren davon und bleibt ohne Konsequenzen auf seinem Chefesssel. Finanzminister Georg Fahrenschon habe einen Affen an ihm gefressen, heißt es im Ministerium. Nur wenig drunter liegt die Anwaltsrechnung von Ex-Finanzminister Kurt Faltthauer. Allerdings dürfte sie erst der Anfang sein. Der Untersuchungsausschuss stellte fest, der Ex-Finanzminister habe „grob fahrlässig“ gehandelt. Die BayernLB verklagt ihn auf Schadensersatz in Millionenhöhe. Da haben seine Anwälte noch einiges zu tun, die bisher im Hintergrund arbeiteten. Auch Faltthauer war im Untersuchungsausschuss ohne Rechtsbeistand.



Fast 100 000 Euro Anwaltskosten: Kurt Faltthauer F.: Schlüter



Rund 50 000 Euro für Rechtsberater: Günther Beckstein Foto: AP

Gerade preiswert erschienen im Vergleich die Anwaltskosten von Ex-Ministerpräsident Günther Beckstein, der als Verwaltungsrat die BayernLB kontrollieren sollte. Er rechnet rund 50 000 Euro ab, also halb so viel. Vielleicht gab's Rabatt, weil sich Beckstein vom Partner seiner eigenen Kanzlei vertreten ließ.

Eine Menge Geld haben Ex-Finanzminister Erwin Huber und Fraktionschef Georg Schmid gespart. Die beiden BayernLB-Kontrollure verzichteten auf juristischen Beistand und verteidigten sich im Untersuchungsausschuss und bei der Befragung durch die Staatsanwaltschaft ganz alleine. **Angela Böhm**